S 24 R 5274/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Vormerkung von Kindererziehungs- und Berücksichtigungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung bei einem gemeinsamen Auslandsaufenthalt unverheirateter Eltern – Verfassungsmäßigkeit
Leitsätze	Es ist nicht verfassungswidrig, dass das Gesetz die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Ausland bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf den gemeinsamen Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnern beschränkt.
Normenkette	SGB VI § 56 Abs 1 S 2 Nr 2; SGB VI § 56 Abs 3 S 1; SGB VI § 56 Abs 3 S 2; SGB VI § 56 Abs 3 S 3; SGB VI § 57; GG Art 3 Abs 1; GG Art 6 Abs 1; GG Art 6 Abs 5

1. Instanz

Aktenzeichen	S 24 R 5274/18
Datum	28.01.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 13 R 741/19
Datum	17.09.2019

3. Instanz

Datum	21.10.2021

Â

Die Revision der KlÃ¤gerin gegen das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 17.Â September 2019 wird zurÃ¼ckgewiesen.

Kosten sind auch fÃ¼r das Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

Â

1

Die Beteiligten streiten im Ãberprüfungsverfahren Ã¼ber die Vormerkung von im Ausland zurÃ¼ckgelegten Kindererziehungszeiten und BerÃ¼cksichtigungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Â

2

Die im Jahr 1972 geborene KlÃ¤gerin ist Mutter eines 2011 geborenen Sohnes. Von November 2012 bis MÃ¤rz 2016 lebte sie mit ihrem Sohn und dem beigeladenen Vater des Kindes in Thailand. Der Beigeladene war von seinem Arbeitgeber dorthin entsandt worden und leistete wÃ¤hrend des gesamten Auslandsaufenthaltes BeitrÃ¤ge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die Kindererziehung erfolgte Ã¼berwiegend durch die KlÃ¤gerin. Mit dem Beigeladenen war die KlÃ¤gerin im streitbefangenen Zeitraum nicht verheiratet.

Â

3

Auf ihren Antrag vom 28.6.2016 merkte die Beklagte mit Bescheid vom 18.10.2016 die Zeit vom 1.10.2011 bis zum 31.10.2012 als Kindererziehungszeit und die Zeit vom 1.10.2011 bis zum 31.10.2012 sowie vom 1.4.2016 bis zum 31.5.2016 als BerÃ¼cksichtigungszeit wegen Kindererziehung im Versicherungskonto der KlÃ¤gerin vor. Die Vormerkung von Kindererziehungszeiten fÃ¼r die Zeit vom 1.11.2012 bis zum 31.1.2014 und von BerÃ¼cksichtigungszeiten fÃ¼r die Zeit vom 1.11.2012 bis zum 31.3.2016 lehnte sie hingegen ab, weil das Kind im Ausland erzogen worden sei. Die KlÃ¤gerin erhob im April 2017 zunÃ¤chst â Widerspruch zum Bescheid vom 18.10.2016â, nahm diesen mit Schreiben vom 30.6.2017 zurÃ¼ck und beantragte die Ãberprüfung des Bescheids nach Â§Â 44 SGBÂ X. Die Beklagte lehnte mit Bescheid vom 10.7.2017 eine Ãnderung des Bescheids vom 18.10.2016 ab. Die Voraussetzungen fÃ¼r die Anerkennung weiterer Kindererziehungsâ und BerÃ¼cksichtigungszeiten seien nicht erfÃ¼llt, weil die KlÃ¤gerin wÃ¤hrend des Aufenthalts in Thailand nicht mit dem Vater verheiratet gewesen sei. Im Widerspruchsverfahren machte die KlÃ¤gerin geltend, sie habe im Vorfeld ihrer Ausreise nach Thailand von der Beklagten telefonisch die Auskunft

erhalten, Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten wÃ¼rden anerkannt, wenn der Vater des Kindes nach Entsendung in das Ausland BeitrÃ¤ge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahle. Diese Auskunft habe sie spÃ¤ter auch in einer Rentenberatungsstelle vor Ort erhalten. Die Beklagte lehnte die Anerkennung der Zeiten mit Widerspruchsbescheid vom 18.9.2018 erneut ab, weil die Voraussetzungen, unter denen nach dem Gesetz Erziehungszeiten im Ausland einer Erziehung im Inland gleichstÃ¼nden, nicht erfÃ¼llt seien.

Â

4

Das SG hat die Klage abgewiesen *(Gerichtsbescheid vom 28.1.2019)*. Das LSG hat die Berufung zurÃ¼ckgewiesen. Die KlÃ¤gerin sei in Thailand nicht erwerbstÃ¤tig und deshalb auch nicht nach deutschem Recht versicherungspflichtig gewesen. FÃ¼r die Anerkennung der begehrten Kindererziehungsâ□□ und BerÃ¼cksichtigungszeiten genÃ¼ge die Rentenversicherungspflicht des nichtehelichen LebensgefÃ¤hrten nach Entsendung nicht. Da er in dieser Zeit nicht mit der KlÃ¤gerin verheiratet gewesen sei, kÃ¶nne die Erziehung des Kindes im Ausland nicht der Erziehung im Inland gleichstehen. ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG gebiete nicht, im Wege der verfassungskonformen Auslegung unverheiratete Elternteile einzubeziehen. Auch aus ArtÂ 6 AbsÂ 5 GG ergebe sich keine verfassungsrechtliche Verpflichtung zur Gleichbehandlung der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft, weil diese Norm nur nichteheliche Kinder und nicht deren Eltern begÃ¼nstige. SchlieÃ□lich liege kein VerstoÃ□ gegen den allgemeinen Gleichheitssatz vor. Der Gesetzgeber bewege sich bei der BegÃ¼nstigung von Ehegatten und diesen gleichgestellten eingetragenen Lebenspartnern innerhalb seines Gestaltungsspielraums. Ein Anspruch auf Vormerkung der begehrten Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten ergebe sich auch nicht aus anderen GrÃ¼nden. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafÃ¼r kÃ¶nnten durch den sozialrechtlichen Herstellungsanspruch im Fall der KlÃ¤gerin nicht fingiert werden *(Urteil vom 17.9.2019)*.

Â

5

Die KlÃ¤gerin rÃ¼gt mit ihrer Revision einen VerstoÃ□ gegen ArtÂ 6 AbsÂ 5 und ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG. Eine BeschrÃ¤nkung der Anerkennung von Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten nur auf eheliche Kinder sei unzulÃ¤ssig. Letztlich schaffe das Gesetz eine Motivation dafÃ¼r, dass der nichtverheiratete Elternteil dem anderen nicht in das Ausland folge.

Â

6
Die KlÃ¤gerin beantragt,
Â

Â

7
Die Beklagte beantragt,
Â

Â

8

Die Beklagte ist der Auffassung, das LSG habe zutreffend entschieden. Nach dem Gesetz wÃ¼rden Kindererziehungszeiten fÃ¼r einen Elternteil nur angerechnet, wenn die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt sei oder einer solchen gleichstehe. Die KlÃ¤gerin selbst habe keine Pflichtbeitragszeiten in Thailand zurÃ¼ckgelegt. Dass sie zuvor im Inland versicherungspflichtig beschÃ¤ftigt gewesen sei, genÃ¼ge nicht. Als Ausfluss des in Deutschland geltenden TerritorialitÃ¤tsprinzips werde ausschlieÃlich die Erziehungsleistung im Inland honoriert. Zwar habe der LebensgefÃ¤hrte der KlÃ¤gerin wÃ¤hrend des Aufenthalts in Thailand PflichtbeitrÃ¤ge entrichtet. Da die KlÃ¤gerin mit ihm aber nicht verheiratet gewesen sei, komme eine Gleichstellung mit einer Erziehung im Inland nicht in Betracht. Der von der KlÃ¤gerin angestrebten Auslegung des Gesetzes stehe entgegen, dass die Regelung des Â§Â 56 SGBÂ VI durch den Gesetzgeber in den letzten Jahren wiederholt geÃ¤ndert worden sei, ohne dass nichteheliche Lebensgemeinschaften gleichgestellt worden seien.

Â

9

Der Beigeladene hat sich im Revisionsverfahren nicht geÃ¤uÃert und auch keine AntrÃ¤ge gestellt.

Â

II

Â

10

Die zulÃ¤ssige Revision der KlÃ¤gerin hat in der Sache keinen Erfolg (Â§Â 170

AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG*)*.

Â

11

A.Â Nach SchlieÃung des 13.Â Senats gemÃ¤Ã Â§Â 202 SatzÂ 1 SGG iVm Â§Â 130 AbsÂ 1 SatzÂ 2 GVG *(Erlass des Bundesministers fÃ¼r Arbeit und Soziales vom 24.6.2021)* ist die ZustÃ¤ndigkeit fÃ¼r die Streitsache gemÃ¤Ã GeschÃ¤ftsverteilungsplan (Stand 1.7.2021) auf den 5.Â Senat des BSG Ã¼bergangen. Die nach Zulassung durch den 13.Â Senat *(Beschluss vom 21.10.2020)* statthafte Revision *(*Â§Â 160 AbsÂ 1 SGG*)* ist zulÃ¤ssig erhoben und genÃ¼gt noch den Anforderungen an eine formgerechte BegrÃ¼ndung iS des Â§Â 164 AbsÂ 2 SatzÂ 1 und SatzÂ 3 SGG *(vgl dazu BSG Beschluss vom 13.6.2018 â□□Â* GSÂ 1/17*Â â□□* BSGE 127, 133 *=Â SozR 4â□□1500 Â§Â 164 NrÂ 9)*.

Â

12

B.Â Ein Anspruch der KlÃ¤gerin auf Aufhebung des Bescheids der Beklagten vom 10.7.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 18.9.2018 und Verpflichtung der Beklagten, den bestandskrÃ¤ftigen Bescheid vom 18.10.2016 zu Ã¤ndern und Kindererziehungszeiten vom 1.11.2012 bis zum 31.1.2014 sowie BerÃ¼cksichtigungszeiten wegen Kindererziehung vom 1.11.2012 bis zum 31.3.2016 festzustellen, besteht nicht. Der angefochtene Bescheid ist rechtmÃ¤Ãig und beschwert die KlÃ¤gerin nicht in ihren Rechten *(*Â§Â 54 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG*)*. Sie hat gegen die Beklagte keinen Anspruch darauf, dass diese den Bescheid vom 18.10.2016 teilweise Ã¤ndert und Kindererziehungs- sowie BerÃ¼cksichtigungszeiten fÃ¼r die Zeit ihres Auslandsaufenthalts in Thailand feststellt.

Â

13

I.Â Die erstrebte RÃ¼cknahme richtet sich nach Â§Â 44 SGBÂ X, der auch im Rahmen des Vormerkungsverfahrens anwendbar ist. Da sich Â§Â 44 AbsÂ 1 SGBÂ X nur auf solche bindenden Verwaltungsakte bezieht, die â□□Â anders als der Bescheid vom 18.10.2016Â â□□ unmittelbar AnsprÃ¼che auf nachtrÃ¤glich erbringbare â□□Sozialleistungenâ□□ *(*Â§Â 11 SatzÂ 1 SGBÂ I*)* iS der Â§Â§Â 3Â ff und 18Â ff SGBÂ I betreffen *(BSG Urteil vom 29.5.1991 â□□Â* 9a/9Â RVs 11/89*Â â□□* BSGEÂ 69,Â 14*, 16Â ff =Â* SozR 3â□□1300 Â§Â 44 NrÂ 3 *SÂ 8Â ff)*, kann sich ein RÃ¼cknahmeanspruch der KlÃ¤gerin nur aus Â§Â 44 AbsÂ 2 SGBÂ X ergeben. Nach dieser Vorschrift ist ein rechtswidriger nicht begÃ¼nstigender Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar (und damit zugleich bindend) geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung fÃ¼r die Zukunft zurÃ¼ckzunehmen *(SatzÂ 1)*. Er kann auch fÃ¼r die Vergangenheit zurÃ¼ckgenommen werden *(SatzÂ 2)*. Diese Regelung

bildet einen Auffangtatbestand fÃ¼r die zum Nachteil der Adressaten rechtswidrigen Verwaltungsakte, die nicht der Vorschrift des AbsÂ 1 unterliegen *(BSG Urteil vom 16.2.2012 â□□Â BÂ 9Â SB 2/11Â RÂ â□□ SozR 4â□□3250 Â§Â 69 NrÂ 14 RdNrÂ 17)*. Die Ablehnung der Vormerkung weiterer Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten war jedoch bei Erlass *(Bekanntgabe iS von Â§Â 37 SGBÂ X)* des Bescheids vom 18.10.2016 rechtmÃ¤Ã□ig.

Â

14

II.Â Anspruchsgrundlage fÃ¼r die von der KlÃ¤gerin begehrte Feststellung weiterer rentenrechtlicher Zeiten ist Â§Â 149 AbsÂ 5 SatzÂ 1 SGBÂ VI. Danach setzt der VersicherungstrÃ¤ger nach KlÃ¤rung des Versicherungskontos die im Versicherungsverlauf enthaltenen und nicht bereits festgestellten Daten, die lÃ¤nger als sechs Kalenderjahre zurÃ¼ckliegen, durch Bescheid fest. Der RentenversicherungstrÃ¤ger ist befugt, aber nicht verpflichtet, auf Antrag auch solche geklÃ¤rten Daten durch Bescheid festzustellen, die noch keine sechs Jahre zurÃ¼ckliegen. Entscheidet er â□□Â wie von der KlÃ¤gerin beantragtÂ â□□ auch Ã¼ber TatbestÃ¤nde, die noch keine sechs Jahre zurÃ¼ckliegen, muss er einen inhaltlich zutreffenden Vormerkungsbescheid erlassen *(vgl BSG Urteil vom 21.3.2018 â□□Â BÂ 13Â R 19/14Â RÂ â□□ SozR 4â□□2600 Â§Â 149 NrÂ 5 RdNrÂ 15 und zur Vormerkung von Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten vgl BSG Urteil vom 24.10.2013 â□□Â BÂ 13Â R 1/13Â RÂ â□□ SozR 4â□□2600 Â§Â 57 NrÂ 1 RdNrÂ 12 mwN)*. Das war hier der Fall.

Â

15

1.Â Der Anspruch der KlÃ¤gerin bestimmt sich allein nach den Regelungen des SGBÂ VI. Unionsrecht (insbesondere die europarechtlich gewÃ¤hrleistete FreizÃ¼gigkeit) ist nicht zu beachten *(vgl dazu EuGH Urteil vom 19.7.2012 â□□Â Câ□□522/10Â â□□ EuGRZ 2012, 518 =Â NZS 2012, 935)*. Es gibt auch keine Vorschriften des zwischenstaatlichen Rechts, welche die Vormerkung von TatbestÃ¤nden der Auslandserziehung in Thailand als Pflichtbeitragszeiten wegen Kindererziehung oder BerÃ¼cksichtigungszeiten in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung vorschreiben oder erlauben. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Thailand kein Sozialversicherungsabkommen geschlossen.

Â

16

2.Â Nach Â§Â 3 SatzÂ 1 NrÂ 1 SGBÂ VI iVm Â§Â 56 AbsÂ 1 bisÂ 3 undÂ 5 SGBÂ VI sind Personen versicherungspflichtig in der Zeit, fÃ¼r die ihnen Kindererziehungszeiten anzurechnen sind. Das sind Zeiten der Erziehung eines Kindes in dessen ersten drei Lebensjahren *(Â§Â 56 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGBÂ VI mit*

Sonderregelungen fÃ¼r vor dem 1.1.1992 geborene Kinder in Â§Â 249 SGBÂ VI*)*. Nach Â§Â 57 SGBÂ VI ist die Zeit der Erziehung eines Kindes bis zu dessen vollendetem zehnten Lebensjahr bei einem Elternteil eine BerÃ¼cksichtigungszeit, soweit die Voraussetzungen fÃ¼r die Anrechnung einer Kindererziehungszeit auch in dieser Zeit vorliegen. Einem Elternteil wird gemÃ¤Ã Â§Â 56 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ VI eine Kindererziehungszeit angerechnet, wenn 1.Â die Erziehungszeit diesem Elternteil zuzuordnen ist, 2.Â die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist oder einer solchen gleichsteht und 3.Â der Elternteil nicht von der Anrechnung ausgeschlossen ist. Streitentscheidend ist hier, ob die Voraussetzungen des Â§Â 56 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 2 SGBÂ VI vorliegen. Hierzu bestimmt Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 1 SGBÂ VI, dass eine Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist, wenn der erziehende Elternteil sich mit dem Kind dort gewÃ¶hnlich aufgehalten hat. Die Voraussetzungen fÃ¼r eine ausnahmsweise BerÃ¼cksichtigung von Kindererziehungszeiten im Ausland formulieren sodann die SÃ¤tzeÂ 2 undÂ 3 des Â§Â 56 AbsÂ 3 SGBÂ VI. Sie liegen hier nicht vor.

Â

17

a)Â In der streitbefangenen Zeit hat die KlÃ¤gerin ihr Kind nicht, wie das Gesetz dies fÃ¼r den Regelfall voraussetzt, im Inland erzogen, Â§Â 56 AbsÂ 1 SatzÂ 2 NrÂ 2 iVm AbsÂ 3 SatzÂ 1 SGBÂ VI.

Â

18

Bereits bei EinfÃ¼hrung von Kindererziehungszeiten durch das Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz (HEZG) vom 11.7.1985 *(BGBlÂ I 1450)* mWv 1.1.1986 ging der Gesetzgeber von dem Grundsatz aus, dass die Erziehung im Inland erfolgen muss, dh der erziehende Elternteil und das Kind sich im Inland aufhalten mÃ¼ssen *(vgl Gesetzentwurf der Bundesregierung zum HEZG, BTâ□□Drucks 10/2677 SÂ 29).* Auch nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992) sollte grundsÃ¤tzlich nur die Kindererziehung im Geltungsbereich des Gesetzes pflichtversichert sein. Die entscheidende Ã□nderung gegenÃ¼ber dem frÃ¼heren Recht bestand lediglich darin, dass ab dem 1.1.1992 drei Jahre statt einem Jahr wegen Kindererziehung angerechnet wurden *(vgl Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP, BTâ□□Drucks 11/4124 SÂ 166)*. Durch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten sollen alle diejenigen in das System der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen werden, die wegen der Kindererziehung gar nicht oder nur eingeschrÃ¤nkt in der Lage sind, eigene RentenansprÃ¼che aufzubauen *(vgl Gesetzentwurf der Bundesregierung zum HEZG, BTâ□□Drucks 10/2677 SÂ 28).* FÃ¼r alle, die im Inland erwerbstÃ¤tig sein dÃ¼rfen, wird dabei vorausgesetzt, dass sie freien Zugang zu einer regelmÃ¤Ã□ig versicherungspflichtigen BeschÃ¤ftigung oder TÃ¤tigkeit haben *(vgl BSG Urteil vom*

25.1.1994 â□□Â 4Â RA 3/93*Â â□□* SozR 3â□□2600 Â§Â 56 NrÂ 6 *SÂ 25 =Â juris RdNrÂ 19).* Die Erziehungsleistung wird gleichzeitig als Beitrag zur Aufrechterhaltung der als Generationenvertrag ausgestalteten Rentenversicherung verstanden *(vgl BSG aaO* sowie *BSG Urteil vom 22.2.1995 â□□Â* 4Â RA 43/93*Â â□□* SozR 3â□□2600 Â§Â 56 NrÂ 8 *SÂ 40 =Â juris RdNrÂ 22, jeweils unter Hinweis auf BVerfG Urteil vom 7.7.1992 â□□Â* 1Â BvL 51/86 *uaÂ â□□* BVerfGEÂ 87,Â 1 *=Â* SozR 3â□□5761 Allg NrÂ 1*)*. Ob die Eltern des Kindes zusammenleben und ob sie verheiratet sind, ist dafÃ¼r unerheblich.

Â

19

Der Gesetzgeber will als Ausfluss des in Deutschland geltenden TerritorialitÃ¤tsprinzips ausschlieÃ□lich die Erziehungsleistung in der Bundesrepublik Deutschland honorieren. Er knÃ¼pft fÃ¼r den Erwerb von Pflichtbeitragszeiten wegen Kindererziehung bewusst an die Person des Erziehenden und an den Erziehungsort Bundesrepublik Deutschland an, weil grundsÃ¤tzlich nur hier fÃ¼r die Zeit der Kindererziehung der Nachteil in der Altersversorgung eintreten kann *(vgl BSG EuGH-Vorlage vom 24.2.1999 â□□Â BÂ* 5/4Â RA 82/97*Â RÂ â□□ juris RdNrÂ 16 mwN)*. Das BVerfG hat es ausdrÃ¼cklich gebilligt, dass die Kindererziehung grundsÃ¤tzlich nur im Inland rentenrechtlich relevant ist, da der gewÃ¶hnliche Aufenthalt einer Person im jeweiligen Staatsgebiet systemgerechter AnknÃ¼pfungspunkt fÃ¼r die mitgliedschaftliche Einbeziehung in nationale Sozialversicherungssysteme ist. Nur wer sich noch im sozialen Verantwortungsbereich der Bundesrepublik Deutschland aufhÃ¤lt, soll auch im Falle der Kindererziehung rentenwirksam abgesichert sein *(vgl BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 6.3.2017 â□□Â* 1Â BvR 2740/16*Â â□□ juris RdNrÂ 3 unter Hinweis auf BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 2.7.1998 â□□Â* 1Â BvR 810/90*)*.

Â

20

b)Â Das Gesetz sieht in Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 2 undÂ 3 SGBÂ VI Ausnahmen von diesem Grundsatz vor. Deren Voraussetzungen sind indes ebenfalls nicht erfÃ¼llt.

Â

21

aa)Â Schon im HEZG vom 11.7.1985 *(BGBlÂ I 1450)* hat der Gesetzgeber Ausnahmeregelungen geschaffen, nach denen auch Eltern wegen Kindererziehung versichert sein kÃ¶nnen, die in ein Gebiet auÃ□erhalb der Bundesrepublik Deutschland entsandt worden sind und wegen einer dort ausgeÃ¼bten BeschÃ¤ftigung oder TÃ¤tigkeit Pflichtbeitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung haben. Versichert wegen Kindererziehung sollte nicht nur der

entsandte Elternteil selbst sein, sondern auch sein Ehegatte, wenn er die sonstigen Voraussetzungen â□□Â Erziehung des Kindes und Aufenthalt in demselben Land wie der entsandte Ehegatte und das KindÂ â□□ erfÃ¼llte *(vgl Gesetzentwurf der Bundesregierung zum HEZG, BTâ□□Drucks 10/2677 SÂ 34).* Das Rentenreformgesetz 1992 Ã¼bernahm diese Regelungen. Nach Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 2 SGBÂ VI wird dem Erziehenden die Erziehungszeit auch dann angerechnet, wenn er sich mit dem Kind im Ausland gewÃ¶hnlich aufhÃ¤lt und wÃ¤hrend der Erziehung oder unmittelbar vor der Geburt des Kindes wegen einer dort ausgeÃ¼bten BeschÃ¤ftigung oder selbstÃ¤ndigen TÃ¤tigkeit Pflichtbeitragszeiten hat. AbsÂ 3 SatzÂ 3 regelt schlieÃ□lich den Fall der Erziehung wÃ¤hrend eines gemeinsamen Aufenthalts von Ehegatten im Ausland.

Â

22

Alle drei in Â§Â 56 AbsÂ 3 SGBÂ VI geregelten Fallgestaltungen haben im Blick auf die Anrechnung von Kindererziehungszeiten nur scheinbar verschiedene AnknÃ¼pfungspunkte. Im Kern zielen sie auf dasselbe ab: Die Erziehenden mÃ¼ssen vor der Geburt oder wÃ¤hrend der Kindererziehung in derart enger Beziehung zum inlÃ¤ndischen Arbeits- und Erwerbsleben stehen, dass die â□□Â typisierende und pauschalierendeÂ â□□ Grundannahme des Gesetzes Platz greifen kann, wÃ¤hrend dieser Zeit seien ihnen nicht wegen der Integration in eine auslÃ¤ndische Arbeitswelt, sondern im Wesentlichen wegen der Kindererziehung deutsche Rentenanwartschaften entgangen *(vgl grundlegend BSG Urteil vom 17.11.1992 â□□Â* 4Â RA 15/91*Â â□□* BSGEÂ 71, 227 *=Â* SozR 3â□□2600 Â§Â 56 NrÂ 4 *=Â juris RdNrÂ 30 und BSG Urteil vom 23.10.2003 â□□Â* BÂ 4Â RA 15/03Â R *Â â□□* BSGEÂ 91, 245 *=Â* SozR 4â□□2600 Â§Â 56 NrÂ 1*, RdNrÂ 25)*. Auch darf sich der Erziehende â□□Â wie zB in AuswanderungsfÃ¤llenÂ â□□ nicht dauerhaft bzw auf nicht absehbare Zeit von der inlÃ¤ndischen Arbeits- und Erwerbswelt und damit auch von der deutschen Rentenversicherung gelÃ¶st haben *(vgl BSG Urteil vom 10.11.1998 â□□Â* BÂ 4Â RA 39/98Â R*Â â□□* SozR 3â□□2600 Â§Â 56 NrÂ 13 *=Â juris RdNrÂ 22)*.

Â

23

bb)Â Die KlÃ¤gerin erfÃ¼llte selbst nicht den Tatbestand des Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 2 SGBÂ VI. Nach den fÃ¼r den Senat insoweit bindenden Feststellungen des LSG *(* Â§Â 163 SGG*)* war sie wÃ¤hrend ihres Aufenthalts in Thailand nicht erwerbstÃ¤tig und deshalb auch nicht versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Auch steht die Erziehung in Thailand der Erziehung im Bundesgebiet nicht nach Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI gleich.

Â

24

Bei im Ausland nicht erwerbstÃ¤tigen Erziehenden, die nicht selbst die Voraussetzungen des Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 2 SGBÂ VI erfÃ¼llen, wird die Gleichstellung der Erziehungsorte im Hinblick auf ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG mittelbar Ã¼ber die â€Â fortbestehendeÂ â€ Integration des Ehepartners in das inlÃ¤ndische Arbeits- und Erwerbsleben erreicht *(vgl BSG Urteil vom 22.2.1995 â€Â* 4Â RA 43/93 *Â â€* SozR 3â€2600 Â§Â 56 NrÂ 8 *=Â juris RdNrÂ 24)*. Die Annahme einer solchen (mittelbaren) Verbundenheit des nicht erwerbstÃ¤tigen Erziehenden zur inlÃ¤ndischen Arbeits- und Erwerbswelt und damit auch zur deutschen Rentenversicherung ist begrÃ¼ndet, wenn der Familienwohnsitz â€Â und damit der ErziehungsortÂ â€ nur wegen der im Inland verankerten ErwerbstÃ¤tigkeit des anderen Elternteils vorÃ¼bergehend ins Ausland verlegt werden musste *(vgl BSG Urteil vom 17.11.1992 â€Â* 4Â RA 15/91*Â â€* BSGEÂ 71, 227 *=Â* SozR 3â€2600 Â§Â 56 NrÂ 4 *=Â juris RdNrÂ 32; BSG Urteil vom 10.11.1998 â€Â* BÂ 4Â RA 39/98Â R*Â â€* SozR 3â€2600 Â§Â 56 NrÂ 13 *=Â juris RdNrÂ 24).* Davon geht der Gesetzgeber â€bei einem gemeinsamen Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnern im Auslandâ€ aus.

Â

25

Allerdings wurden fÃ¼r den Beigeladenen wÃ¤hrend des Aufenthalts in Thailand PflichtbeitrÃ¤ge gezahlt. Die KlÃ¤gerin war mit ihm im streitbefangenen Zeitraum jedoch nicht verheiratet, sodass die gesetzlichen Voraussetzungen fÃ¼r eine Gleichstellung der Erziehung im Ausland nach Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI nicht gegeben sind. Erziehende Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften werden nach dem eindeutigen Gesetzeswortlaut nicht erfasst *(kritisch dazu im Gesetzgebungsverfahren Stellungnahme von Prof. Dr.Â Gerhard-Teuscher, Ausschuss fÃ¼r Arbeit und Sozialordnung, Ausschussdrucks 11/1124 SÂ 13)*. Zwar wurde die Ausnahmeregelung des Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI zuletzt durch das Gesetz zur Ãberarbeitung des Lebenspartnerschaftsrechts vom 15.12.2004 *(BGBlÂ I 3396)* mWv 1.1.2005 auf Lebenspartner erstreckt. Der Beigeladene war jedoch nicht Lebenspartner im Sinne der Vorschrift. Der Begriff â€Lebenspartnerâ€ ist legal definiert und beschreibt Personen gleichen Geschlechts, die eine Lebenspartnerschaft begrÃ¼nden *(Â§Â 1 Gesetz Ã¼ber die Eingetragene Lebenspartnerschaft vom 16.2.2001,* BGBlÂ I 266*)*. Nichteheliche Lebensgemeinschaften bleiben weiterhin unberÃ¼cksichtigt.

Â

26

III.Â Entgegen der Rechtsauffassung der KlÃ¤gerin verletzt die fehlende Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Ausland nach Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI erziehende Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften nicht in ihren Grundrechten aus ArtÂ 6 GG.

Â

27

1.Â Der Schutzbereich des von der RevisionsbegrÃ¼ndung in den Vordergrund gestellten Grundrechts aus ArtÂ 6 AbsÂ 5 GG ist bereits nicht betroffen. Dieses Grundrecht setzt als Konkretisierung des allgemeinen Gleichheitssatzes und als Schutznorm zugunsten nichtehelicher Kinder der gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit Grenzen. Danach darf ein Kind nicht wegen seiner nichtehelichen Geburt benachteiligt werden *(vgl BVerfG Beschluss vom 12.10.2010 â□□Â 1Â BvL 14/09Â â□□ BVerfGE 127, 263 =Â SozR 4â□□1300 Â§Â 116 NrÂ 2 RdNrÂ 41; BVerfG Beschluss vom 20.5.2020 â□□Â 2Â BvR 2628/18Â â□□ juris RdNrÂ 21 mwN)*.

Â

28

Kindererziehungszeiten im Ausland werden nach der Ausnahmevorschrift des Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI unabhÃ¤ngig davon anerkannt, ob eheliche oder nichteheliche Kinder erzogen werden. Der Schutzbereich des ArtÂ 6 AbsÂ 5 GG ist auch nicht mittelbar berÃ¼hrt. Kindererziehungszeiten sind rentenrechtliche Zeiten, die sich zugunsten des Versicherten rentenbegrÃ¼ndend und rentensteigernd auswirken. Werden solche Zeiten nicht im Versicherungsverlauf vorgemerkt, hat dies allein fÃ¼r die Alterssicherung des erziehenden Elternteils Konsequenzen, nicht aber fÃ¼r das zu erziehende Kind *(zur mittelbaren Schlechterstellung von nichtehelichen Kindern vgl ua BVerfG Beschluss vom 17.10.1973 â□□Â 1Â BvL 20/72 Â â□□ BVerfGEÂ 36, 126 =Â juris RdNrÂ 23; BVerfG Beschluss vom 28.2.2007 â□□Â 1Â BvL 9/04Â â□□ BVerfGE 118, 45,Â 62 =Â juris RdNrÂ 56 f und BVerfG Beschluss vom 17.12.2013 â□□Â 1Â BvL 6/10Â â□□ BVerfGE 135,Â 48 RdNrÂ 108 =Â juris RdNrÂ 111)*. ArtÂ 6 AbsÂ 5 GG schÃ¼tzt aber nur nichteheliche Kinder, nicht deren Eltern *(vgl BVerfG Beschluss vom 9.11.2004 â□□Â 1Â BvR 684/98Â â□□ BVerfGE 112, 50,Â 66Â f =Â SozR 4â□□3800 Â§Â 1 NrÂ 7 RdNrÂ 53 juris RdNrÂ 54)*.

Â

29

2.Â Auch liegt kein rechtswidriger Eingriff in den Schutzbereich des ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG vor. Dieses Grundrecht verpflichtet den Staat, Eingriffe in die Familie zu unterlassen. DarÃ¼ber hinaus enthÃ¤lt die Bestimmung eine wertentscheidende Grundsatznorm, die fÃ¼r den Staat die Pflicht begrÃ¼ndet, Ehe und Familie zu schÃ¼tzen und zu fÃ¶rdern *(vgl BVerfG Beschluss vom 26.3.2014 â□□Â 1Â BvR 1133/12Â â□□ juris RdNrÂ 24 unter Bezugnahme auf BVerfGEÂ 87, 1,Â 35; 103, 242, 257Â f)*. Als Familie geschÃ¼tzt ist die tatsÃ¤chliche Lebens- und Erziehungsgemeinschaft von Eltern mit Kindern. Das Familiengrundrecht garantiert auch das Zusammenleben der Familienmitglieder und die Freiheit, Ã¼ber die ArtÂ und Weise der Gestaltung des familiÃ¤ren Zusammenlebens selbst zu entscheiden *(vgl BVerfG Beschluss vom 31.3.2021 â□□Â 1Â BvR 413/20Â â□□ juris RdNrÂ 17 mwN)*. FÃ¼r den Schutz durch das Familiengrundrecht kommt es zudem

nicht darauf an, ob die Eltern miteinander verheiratet sind oder nicht. Der Familienschutz schlieÃt auch die nichteheliche Familie ein *(vgl BVerfG Beschluss vom 26.3.2019 â Â 1Â BvR 673/17Â â BVerfGE 151, 101 RdNrÂ 56 mwN)*.

Â

30

Die Regelung in Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI steht einem Zusammenleben der Familie im Inland oder im Ausland nicht entgegen. Einen weitergehenden Anspruch gegen den Gesetzgeber, den Schutz der Familie gerade dadurch zu gewÃ¤hrleisten, dass Kindererziehungszeiten im Ausland Ã¼berhaupt und auch bei nicht verheirateten und nicht erwerbstÃ¤tigen Erziehenden berÃ¼cksichtigt werden, begrÃ¼ndet ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG nicht *(vgl dazu BVerfG Beschluss vom 6.3.2017 â Â 1Â BvR 2740/16Â â NJW 2017, 1938 RdNrÂ 3 mwN; in anderem Zusammenhang auch: BVerfG Beschluss vom 26.3.2019 â Â 1Â BvR 673/17Â â BVerfGE 151, 101 RdNrÂ 57)*. Konkrete AnsprÃ¼che auf bestimmte staatliche Leistungen lassen sich aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG nicht herleiten *(vgl BVerfG Beschluss vom 7.2.2012 â Â 1Â BvL 14/07Â â BVerfGE 130, 240, 252 =Â SozR 4â7835 ArtÂ 1 NrÂ 1 RdNrÂ 38)*.

Â

31

IV.Â Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI verletzt die KlÃ¤gerin auch nicht in ihrem Recht auf Gleichbehandlung aus ArtÂ 3 AbsÂ 1 iVm ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG.

Â

32

1.Â Der allgemeine Gleichheitssatz verbietet, eine Gruppe von Normadressaten im Vergleich zu anderen Normadressaten anders zu behandeln, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher ArtÂ und solchem Gewicht bestehen, dass sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen kÃ¶nnten *(vgl BVerfG Urteil vom 17.7.2002 â Â 1Â BvF 1/01Â â BVerfGE 105, 313 =Â juris RdNrÂ 108 mwN).* Das hieraus folgende Gebot, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln, gilt fÃ¼r ungleiche Belastungen und ungleiche BegÃ¼nstigungen. Verboten ist daher auch ein gleichheitswidriger BegÃ¼nstigungsausschluss, bei dem eine BegÃ¼nstigung einem Personenkreis gewÃ¤hrt, einem anderen Personenkreis aber vorenthalten wird *(vglÂ BVerfG Urteil vom 26.5.2020 â Â 1Â BvL 5/18Â â BVerfGE 153, 358 RdNrÂ 94).*

Â

33

ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG verwehrt dem Gesetzgeber nicht jede Differenzierung. Diese bedÃ¼rfen jedoch stets der Rechtfertigung durch SachgrÃ¼nde, die dem Ziel und dem AusmaÃ der Ungleichbehandlung angemessen sind. Dabei gilt ein stufenloser, am Grundsatz der VerhÃ¤ltnismÃ¤Ãigkeit orientierter verfassungsrechtlicher PrÃ¼fungsmaÃstab, dessen Inhalt und Grenzen sich nicht abstrakt, sondern nur nach den jeweils betroffenen unterschiedlichen Sach- und Regelungsbereichen bestimmen lassen. Hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Anforderungen an den die Ungleichbehandlung tragenden Sachgrund ergeben sich je nach Regelungsgegenstand und Differenzierungsmerkmalen unterschiedliche Grenzen fÃ¼r den Gesetzgeber, die von gelockerten, auf das WillkÃ¼rverbot beschrÃ¤nkten Bindungen bis hin zu strengen VerhÃ¤ltnismÃ¤Ãigkeitserfordernissen reichen kÃ¶nnen. Eine strengere Bindung des Gesetzgebers kann sich aus den jeweils betroffenen Freiheitsrechten ergeben *(stRspr; vgl aus jÃ¼ngerer Zeit BVerfG Beschluss vom 26.3.2019 â□□Â 1Â BvR 673/17Â â□□ BVerfGE 151, 101 RdNrÂ 64; BVerfG Beschluss vom 8.7.2021 â□□Â 1Â BvR 2237/14 uaÂ â□□ juris RdNrÂ 111)*.

Â

34

Hier ist einerseits zu berÃ¼cksichtigen, dass das Familiengrundrecht aus ArtÂ 6 AbsÂ 1 GG â□□Â jedenfalls mittelbarÂ â□□ berÃ¼hrt ist. Die KlÃ¤gerin hat insofern geltend gemacht, es sei das Recht auf eigenverantwortliche Gestaltung des Familienlebens betroffen, weil die fehlende Anerkennung von Kindererziehungszeiten in Konstellationen wie der ihren dazu motiviere, dem nichtehelichen Partner und Elternteil nicht ins Ausland zu folgen. Andererseits ist der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei aus Bundesmitteln zum sozialen Ausgleich gewÃ¤hrten Leistungen wie den Kindererziehungszeiten besonders groÃ *(vgl BSG Urteil vom 16.10.2019 â□□Â BÂ 13Â R 14/18Â RÂ â□□ BSGE 129, 192 =Â SozR 4â□□2600 Â§Â 70 NrÂ 3, RdNrÂ 38 unter Bezugnahme auf BVerfG Nichtannahmebeschluss vom 11.1.2016 â□□Â 1Â BvR 1687/14Â â□□ juris RdNrÂ 12 mwN)*. Hinzu kommt, dass ein ebenfalls weiter â□□Â freilich nicht unbegrenzterÂ â□□ Spielraum des Gesetzgebers fÃ¼r generalisierende, typisierende und pauschalierende Regelungen im Bereich der Massenverwaltung besteht, zu dem auch das Leistungsrecht der gesetzlichen Rentenversicherung zÃ¤hlt *(vgl zuletzt BSG Urteil vom 20.1.2021 â□□Â BÂ 13Â R 5/20Â RÂ â□□ BSGE 131, 202 =Â SozR 4â□□2600 Â§Â 88 NrÂ 4, RdNrÂ 40 mwN)*. Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers ist bei bevorzugenden Typisierungen besonders groÃ *(vgl BSG Urteil vom 28.6.2018 â□□Â BÂ 5Â R 25/17Â RÂ â□□ BSGE 126, 128 =Â SozR 4â□□2600 Â§Â 51 NrÂ 2, RdNrÂ 91)*. Vor diesem Hintergrund ist Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI nicht zu beanstanden.

Â

35

2.Â Es bestehen hinreichend gewichtige SachgrÃ¼nde, die gemessen am Regelungsgegenstand und Regelungsziel die BeschrÃ¤nkung der â□□Â von

Verfassungs wegen nicht gebotenenÂ â□□ Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Ausland auf nicht selbst erwerbstÃ¤tige Ehegatten und Lebenspartner rechtfertigen.

Â

36

a)Â â□□Bei einem gemeinsamen Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnern im Auslandâ□□ geht der Gesetzgeber in Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI davon aus, dass eine (mittelbare) Verbundenheit des nicht erwerbstÃ¤tigen Erziehenden zur inlÃ¤ndischen Arbeits- und Erwerbswelt und damit auch zur deutschen Rentenversicherung fortbesteht, sofern der Ehe- oder Lebenspartner wÃ¤hrend des Auslandsaufenthalts Pflichtbeitragszeiten hat. In dieser Konstellation nimmt der Gesetzgeber an, dass der Familienwohnsitz und damit der Erziehungsort nur wegen der â□□Â weiterhin im Inland verankertenÂ â□□ ErwerbstÃ¤tigkeit des anderen Elternteils vorÃ¼bergehend ins Ausland verlegt werden musste *(sÂ dazu bereits die AusfÃ¼hrungen unter IIÂ 2.Â b)*. Dass der Gesetzgeber diese Annahme typisierend auf Ehegatten und Lebenspartner begrenzt, ist nicht zu beanstanden. Es werden rechtlich verbindlich ausgestaltete Beziehungen erfasst, die typischerweise auf einen lÃ¤ngeren Bestand angelegt sind, sodass nach Ablauf der Entsendung von einer gemeinsamen RÃ¼ckkehr in die Bundesrepublik Deutschland ausgegangen werden kann. In der Rechtsprechung des BVerfG ist anerkannt, dass der Gesetzgeber die Ehelichkeit der Elternbeziehung als Indikator fÃ¼r die StabilitÃ¤t einer Beziehung verwenden darf *(vgl BVerfG Urteil vom 28.2.2007 â□□Â* 1Â BvL 5/03 *Â â□□* BVerfGE 117, 316 *=Â* SozR 4â□□2500 Â§Â 27a NrÂ 3 *RdNrÂ 37; BVerfG Beschluss vom 26.3.2019 â□□Â* 1Â BvR 673/17*Â â□□* BVerfGE 151, 101 *RdNrÂ 96)*. WÃ¤hrend die Ehe nach Â§Â 1353 AbsÂ 1 SatzÂ 1 BGB ebenso wie die eingetragene Lebenspartnerschaft nach Â§Â 2 SatzÂ 1 LPartG auf Lebenszeit angelegt und nur unter den Voraussetzungen der Aufhebung *(*Â§Â§Â 1313Â ff BGB*)* oder Scheidung *(* Â§Â§Â 1564Â ff BGB*)* wieder auflÃ¶sbar ist, kÃ¶nnen nichteheliche Partnerschaften jederzeit beendet werden *(zum Anspruch der Mutter auf Betreuungsunterhalt vgl* Â§Â 1615l BGB*)*. Dabei steht auÃ□er Frage, dass auch nichteheliche Lebensgemeinschaften existieren, in denen die Beziehung der Eltern langfristig angelegt und tatsÃ¤chlich stabil ist *(vgl BVerfG Urteil vom 28.2.2007 â□□Â* 1Â BvL 5/03*Â â□□ aaO RdNrÂ 38; BVerfG Beschluss vom 26.3.2019 â□□Â* 1Â BvR 673/17 *Â â□□* BVerfGE 151, 101 *RdNrÂ 99)*.

Â

37

Dass Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI die BegÃ¼nstigung einer ausnahmsweisen BerÃ¼cksichtigung von Erziehungszeiten im Ausland vom Bestehen einer Ehe oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft abhÃ¤ngig macht, korrespondiert damit, dass auch in anderen Bereichen der gesetzlichen Rentenversicherung hieran angeknÃ¼pft wird. Insbesondere erhalten nur Ã¼berlebende Partner einer ehelichen Lebensgemeinschaft oder einer eingetragenen Lebenspartnerschaft eine

Hinterbliebenenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung *(zur Vereinbarkeit des Ausschlusses von Partnern nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Verfassungsrecht vgl BVerfG Beschluss vom 17.11.2010 â□□Â* 1Â BvR 1883/10*Â â□□* BVerfGKÂ 18, 249 *=Â juris RdNrÂ 11 mwN).* Nur Ehegatten und eingetragene Lebenspartner profitieren von einem Versorgungsausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung bei Ehescheidung *(*Â§Â 1 AbsÂ 1 *iVm* Â§Â 2 AbsÂ 1 VersAusglG*)* oder Aufhebung der Lebenspartnerschaft *(vgl* Â§Â 20 AbsÂ 1 LPartG*)*. Deshalb ist es folgerichtig, wenn eine rechtliche Verbindung einer im Ausland erziehenden, nicht selbst versicherungspflichtigen Person mit der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann angenommen wird, wenn ihr Partner als Ehe- oder Lebenspartner wÃ¤hrend des gemeinsamen Auslandsaufenthalts Pflichtbeitragszeiten zurÃ¼cklegt und auf diese Weise Anwartschaften erwirbt, die rentenrechtlich auch fÃ¼r den erziehenden Partner relevant sind.

Â

38

b)Â Die Regelung des Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI dient in zulÃ¤ssiger Weise der Vereinfachung und Typisierung. Dabei ist zu bedenken, dass es sich bei der RÃ¼ckausnahme des SatzesÂ 3 um eine bevorzugende Typisierung handelt, bei der die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers weiter gespannt ist als bei einer benachteiligenden Typisierung *(vgl BVerfG Beschluss vom 4.4.2001 â□□Â* 2Â BvL 7/98*Â â□□* BVerfGE 103, 310*, 319 unter Hinweis auf BVerfG Urteil vom 24.7.1963 â□□Â* 1Â BvL 30/57*Â uaÂ â□□* BVerfGEÂ 17,Â 1*, 23Â f =Â SozR NrÂ 52 zu ArtÂ 3 GG =Â juris RdNrÂ 60)*.

Â

39

Mit der Voraussetzung â□□gemeinsamer Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnern im Auslandâ□□ knÃ¼pft der Gesetzgeber an ein Merkmal an, das im Rahmen der Massenverwaltung der gesetzlichen Rentenversicherung sicher, zeitnah und ohne aufwendige Ermittlungen festzustellen ist. Insbesondere bei der Ordnung von Massenerscheinungen muss der Gesetzgeber nach stÃ¤ndiger Rechtsprechung des BVerfG nicht um alle denkbaren EinzelfÃ¤lle besorgt sein, sondern darf unter bestimmten Voraussetzungen typisierende Regelungen verwenden, ohne allein schon wegen der damit unvermeidlich verbundenen Benachteiligung Einzelner gegen den allgemeinen Gleichheitssatz zu verstoÃ□en. Die mit der Typisierung verbundene Ungleichbehandlung ist allerdings unter BerÃ¼cksichtigung des VerhÃ¤ltnismÃ¤Ã□igkeitsgrundsatzes nur gerechtfertigt, wenn der Gesetzgeber keinen atypischen Fall als Leitbild wÃ¤hlt, das AusmaÃ□ der Ungleichbehandlung nicht sehr intensiv ist und HÃ¤rten nur unter Schwierigkeiten zu vermeiden sind. Dabei haben auch praktische Erfordernisse der Verwaltung Gewicht *(vgl* BVerfGE 148, 147 *RdNrÂ 136; BVerfG Beschluss vom 26.3.2019 â□□Â* 1Â BvR 673/17*Â â□□* BVerfGE 151, 101 *RdNrÂ 113Â f mwN; BVerfG Beschluss vom 8.7.2021 â□□Â* 1Â BvR 2237/14*Â uaÂ â□□ juris RdNrÂ 115, 149Â f, 222)*. Diese

Voraussetzungen liegen hier vor.

Â

40

Der Gesetzgeber hat mit dem Tatbestandsmerkmal â□□bei einem gemeinsamen Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnernâ□□ keinen atypischen Fall als Leitbild gewÃ¤hlt, sondern sich realitÃ¤tsgerecht am typischen Fall orientiert. Es ist davon auszugehen, dass durch das Erfordernis einer Ehe oder Lebenspartnerschaft nur eine verhÃ¤ltnismÃ¤Ã□ig kleine Zahl von Personen von der BegÃ¼nstigung der Ausnahmevorschrift des Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGB�â VI ausgenommen wird. Zwar liegen keine genauen Zahlen zu Auslandsaufenthalten unverheirateter erziehender Elternteile wegen der beruflichen TÃ¤tigkeit des anderen Elternteils vor. Es kÃ¶nnen jedoch RÃ¼ckschlÃ¼sse aus der Zahl der bei unverheirateten Elternpaaren aufwachsenden Kinder gezogen werden. Im Jahr 2019 wurde in Deutschland der ganz Ã¼berwiegende Teil der minderjÃ¤hrigen Kinder, nÃ¤mlich knapp drei Viertel (74Â %), bei Ehepaaren groÃ□. Etwa 16Â % wuchsen bei einem alleinerziehenden Elternteil auf und lediglich 10Â % der minderjÃ¤hrigen Kinder lebten bei einem unverheirateten Elternpaar *(vgl Statistisches Bundesamt, Datenreport 2021, SÂ 61, www.destatis.de)*. Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass nur ein geringer Anteil von Versicherten im Ausland versicherungspflichtig tÃ¤tig wird. Im Jahr 2016 warenÂ ca 33,74Â Millionen Menschen in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschÃ¤ftigt *(vgl Statistik â□□Sozialversicherungspflichtig BeschÃ¤ftigte am Arbeitsort Deutschlandâ□□, www.destatis de)*. Davon wurde nur ein geringer Teil in das Ausland entsandt *(etwa 260Â 000 Arbeitnehmer in den EuropÃ¤ischen Wirtschaftsraum, vgl Ã□bersicht â□□Entsendung von Arbeitnehmernâ□□, www.europarl.europa.eu/infographic/posted-workers/index_de.html#overview)*. Der Anteil der erziehenden Elternteile, die diesen Versicherten â□□Â ohne eine rechtliche Absicherung der BeziehungÂ â□□ ins Ausland folgen, ist realistisch noch einmal geringer anzusetzen.

Â

41

Eine individuelle PrÃ¼fung, ob sich der nicht verheiratete erziehende Elternteil wÃ¤hrend seines Auslandsaufenthalts dauerhaft oder zumindest fÃ¼r nicht absehbare Zeit vom inlÃ¤ndischen Arbeits- und Erwerbsleben gelÃ¶st hat, wÃ¤re in der Praxis der RentenversicherungstrÃ¤ger mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Zur Feststellung einer fortbestehenden Verbundenheit mÃ¼ssten in jedem Einzelfall nicht nur hÃ¶chst persÃ¶nliche Lebensentscheidungen beider Elternteile ermittelt werden, die als solche schon schwierig aufzuklÃ¤ren sind. Auch wÃ¤re auf die VerhÃ¤ltnisse abzustellen, wie sie sich zu Beginn des Auslandsaufenthalts darstellen *(vgl BSG Urteil vom 10.11.1998 â□□Â* BÂ 4Â RA 39/98Â R*Â â□□* SozR 3â□□2600 Â§Â 56 NrÂ 13 *SÂ 69 juris RdNrÂ 23).* Abgesehen von der Schwierigkeit, mÃ¶gliche Ã□nderungen nachzuvollziehen, wÃ¼rden die erforderlichen Feststellungen hÃ¤ufig erst im Nachhinein und regelmÃ¤Ã□ig mit

deutlichem zeitlichen Abstand getroffen. Dadurch wÃ¼rde eine PrÃ¼fung im Einzelfall einen unverhÃ¤ltnismÃ¤Ãig hohen Verwaltungsaufwand erfordern *(vgl dazu auch BVerfG Beschluss vom 2.11.1992 â€Â 1Â BvR 700/90Â â€ SozRÂ 3â€5750 ArtÂ 2 Â§Â 62 NrÂ 8)*. Es trÃ¤gt deshalb zur Rechtssicherheit bei, wenn der Gesetzgeber fÃ¼r eine Anerkennung von Kindererziehungszeiten nach Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3Â SGBÂ VI typisierend an den â€gemeinsamen Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnern im Auslandâ€ anknÃ¼pft.

Â

42

SchlieÃlich stehen die Vorteile der Typisierung nicht auÃer VerhÃ¤ltnis zu der mit ihr notwendig verbundenen Ungleichheit. Zwar kann der Verlust von Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten im Einzelfall erhebliche Bedeutung haben. Auch wenn die RentenhÃ¶he vom individuellen Verlauf der Erwerbsbiographie und der HÃ¶he der erzielten Entgelte abhÃ¤ngig ist, wirkt es sich jedenfalls im Rahmen eines durchschnittlichen Versicherungsverlaufs spÃ¼rbar aus, wenn bei einer Kindererziehung im Ausland die Regelung des Â§Â 56 AbsÂ 3 SatzÂ 3 SGBÂ VI keine Anwendung findet. Die Auswirkungen bewegen sich aber noch im Rahmen dessen, was als notwendige HÃ¤rte und Ungleichbehandlung infolge einer Typisierung hinzunehmen ist, und fÃ¼hren zu keiner unzumutbaren Belastung des nicht begÃ¼nstigten Personenkreises. Die durch die Typisierung entstehende Ungleichbehandlung wÃ¤re â€Â wie oben dargelegtÂ â€ nur mit Schwierigkeiten vermeidbar. Versicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung haben zudem die MÃ¶glichkeit, die durch eine Kindererziehung im Ausland entstehenden LÃ¼cken in ihrer Altersvorsorge zu schlieÃen. Jedenfalls grundsÃ¤tzlich bis zum 31.Â MÃ¤rz des Folgejahres kann der im Ausland erziehende Elternteil freiwillige BeitrÃ¤ge zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen *(*Â§Â 197 AbsÂ 2 SGBÂ VI*)*. Diese MÃ¶glichkeit einer freiwilligen Versicherung besteht auch fÃ¼r Deutsche, die ihren gewÃ¶hnlichen Aufenthalt im Ausland haben *(*Â§Â 7 AbsÂ 1 SatzÂ 2 SGBÂ VI*)*. Zwar sind die BeitrÃ¤ge in diesem Fall durch den Versicherten in vollem Umfang allein zu tragen. Ihre HÃ¶he kann jedoch in den Grenzen des Â§Â 161 AbsÂ 2 SGBÂ VI frei bestimmt werden. FÃ¼r die ErfÃ¼llung der allgemeinen Wartezeit *(*Â§Â 50 AbsÂ 1 SGBÂ VI*)* genÃ¼gen zB BeitrÃ¤ge, die nur nach der Mindestbeitragsbemessungsgrundlage entrichtet werden.

Â

43

V.Â Ein Anspruch der KlÃ¤gerin auf Vormerkung von Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten wÃ¤hrend ihres Aufenthalts in Thailand besteht auch nicht aufgrund eines sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs. Dessen Tatbestand fordert zunÃ¤chst das Vorliegen einer Pflichtverletzung, die dem zustÃ¤ndigen SozialleistungstrÃ¤ger zuzurechnen ist. Dadurch muss beim Berechtigten ein sozialrechtlicher Nachteil oder Schaden eingetreten sein. SchlieÃlich muss durch Vornahme einer Amtshandlung des TrÃ¤gers der Zustand wiederhergestellt werden

kÃ¶nnen, der bestehen wÃ¼rde, wenn die Pflichtverletzung nicht erfolgt wÃ¤re *(vgl BSG Urteil vom 3.4.2014 â□□Â BÂ 5Â R 5/13Â RÂ â□□ SozR 4â□□2600 Â§Â 137b NrÂ 1 RdNrÂ 37 mwN)*.

Â

44

Es kann hier offenbleiben, ob eine Pflichtverletzung der Beklagten im Rahmen einer Beratung der KlÃ¤gerin erfolgt ist. Jedenfalls ist der sozialrechtliche Herstellungsanspruch nicht geeignet, die von der KlÃ¤gerin gewÃ¼nschte Rechtsfolge einer Anerkennung von Kindererziehungs- und BerÃ¼cksichtigungszeiten zu begrÃ¼nden. Wie das LSG zutreffend ausgefÃ¼hrt hat, kÃ¶nnen die von der KlÃ¤gerin nicht erfÃ¼llten Tatbestandsvoraussetzungen nicht fingiert werden. Es fehlt deshalb an der Voraussetzung, dass der Nachteil durch eine vom Gesetz vorgesehene und zulÃ¤ssige Amtshandlung ausgeglichen werden kann *(vgl dazu auch BSG Urteil vom 31.10.2007 â□□Â BÂ 14/11bÂ AS 63/06 Â RÂ â□□ SozR 4â□□1200 Â§Â 14 NrÂ 10 RdNrÂ 17)*. Im Wege des Herstellungsanspruchs kann keine VergÃ¼nstigung erwirkt werden, die dem Betroffenen nach geltendem Recht nicht zusteht *(vgl BSG Urteil vom 27.5.2014 â□□Â BÂ 5Â RE 6/14Â RÂ â□□ SozR 4â□□2600 Â§Â 106 NrÂ 4 RdNrÂ 68)*.

Â

45

C.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 193 SGG.

Â

Erstellt am: 01.04.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024